

Nr. 2

ak.  
38.

48  
ЦК КПСР  
УПРАВЛЕНИЕ  
№ 1851  
МОСКВА.

178  
8

Berlin, den 4. Februar 1921

An das Exekutivkomitee der III. Internationale  
An den Vertreter der KAPD. beim E.K. der III. Internationale  
An den Vertrauensmann des E.K. der III. Internationale in Berlin

Wir berichteten am 29. Januar 1921 (Nr. 1) und werden von jetzt ab die Nummerierung laufend durchführen.

Von unserem Vertreter in Moskau haben wir bis jetzt noch keine Nachricht bekommen.

1.) Entwicklung der allgemeinen politischen Verhältnisse.

Die beiden Mittelpunkte des Geschehens sind: Die Durchführung des Versailler Vertrages und die Fortschreiten der wirtschaftlichen und politischen Konterrevolution.

Die Frage der Durchführung des Versailler Vertrages hat in den letzten Tagen zu den bekannten Pariser Beschlüssen und infolge davon zu einem erneuten Ansteigen der nationalen Welle in Deutschland geführt. Unsere Auffassung, ausführlich dargestellt in der "Kommunistischen Montagezeitung" vom 31. Januar und besonders in der "Kommunistischen Arbeiter-Zeitung" Nr. 10 ist die, dass die Pariser Beschlüsse von keiner der beteiligten Mächte vollkommen ernst gemeint werden, sondern überwiegend innerpolitischen Rücksichten entsprungen sind. Die wirtschaftliche Unmöglichkeit ihrer Durchführung ist nicht nur begründet in dem Widerspruch zwischen deutscher Exportsteigerung, die zur Erfüllung nötig wäre, und der natürlichen Abwehr des Ententekapitals gegen deutsche Unterbietungskonkurrenz, sondern auch in dem andern Widerspruch, der darin liegt, dass hier kaufmännische Abmachungen zwischen Regierungen versucht werden, die auf keine staatssozialistisch oder kommunistisch zusammengefasste Wirtschaft sich stützen können.

49  
-2- 9

Abmachungen, wie sie zur Durchführung des Versailler Vertrages nötig wären, sind unmöglich, solange in den beteiligten Staaten die Heiligkeit des Privateigentums unangetastet bleibt. Die entscheidenden Verhandlungen und Abmachungen wirtschaftlicher Art, die auch auf die politischen Verhältnisse ausschlaggebend einwirken werden, werden nach unserer Überzeugung nicht auf diesem Wege stattfinden, sondern in privatkapitalistischer Form unter Teilnahme der Rohstoffbesitzer, die heute überall und am meisten in Deutschland, die wirtschaftliche Macht in ihren Händen konzentrieren. Die Anwesenheit von Stinnes in Paris während der letzten Tage, zeigt den Anfang dieser Verhandlungen. Ihr Resultat und ihre Auswirkung gegen das Proletariat sind heute noch nicht im einzelnen zu übersehen. Die Gesamttendenz einer ungeheuren Verschärfung des Drucks versteht sich von selbst. Das vom Großkapital geschürte Anschwellen der nationalen Stimmung (Hergt im Reichstag: "Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende". Überschriften der "Deutschen Zeitung": "Auf Jena folgte Sedan". "Lieber tot als Sklav".) dient einmal als Verschleierung der Annäherungsversuche der internationalen Kapitalistengruppen, zugleich aber auch als Pressor mittel des deutschen Kapitals zur Erlangung günstiger Bedingungen. Die dritte Aufgabe dieser Hetze ist die Erzeugung einer kriegerischen Stimmung, der man im geeigneten Augenblick die Richtung gegen Sowjetru- land geben wird. (Deutschland: Ein Baltikum im grossen).

Den bevorstehenden preussischen Wahlen messen wir keine entscheidenden Bedeutung bei. Sie werden aber deutlich zeigen, dass die ganzen Massen des sogenannten Mittelstandes trotz ihrer wirtschaftlichen Proletarisierung ideologisch bei der Bourgeoisie stehen. Wir bestehen uns zu diesem Punkt auf die beigelegte Flugschrift "Wahlkampf oder Klassenkampf".

2.) Die Verhältnisse innerhalb des Proletariats  
Der Rückgang des politischen Interesses, der bis vor etwa 3 Wochen zu beobachten war, hat sich inzwischen behoben. Die Versammlungen werden wie-

der besucht. Der revolutionäre Teil der Arbeiterschaft ist wieder kampfbereiter als vorher.

Allerdings ~~hat~~ ~~die~~ ~~Wirtschaftlichen~~ Teilkämpfe der letzten Zeit durchweg mit Niederlagen gekündigt. Die Eisenbahnerbewegung ist zu einem offenen Kampf nicht gelangt, weil die verzögernde Haltung der Gewerkschaftsbürokratie es der Regierung ermöglichte, durch abgestufte Zugeständnisse die unteren Beamten und die Arbeiter auseinanderzubringen. Die VKPD., deren Einfluss unter den Eisenbahnern recht erheblich ist, hat auch hier wieder versäumt, rechtzeitig die Situation bis zum offenen Kampf zu treiben und hat so die Abwürgungsaktion der Gewerkschaftsbürokratie erst ermöglicht. Die erzwungenen Teilerfolge werden eine Zeitlang das trügerische Gefühl einer materiellen Besserung erzeugen und dadurch die Stellung der Gewerkschaftsbürokratie stärken. In den Thyssen-Werken in Hamborn streiken seit Ende Dezember rund 15 000 Mann. Hier war in der Arbeiterschaft der Wille zu einer erweiterten Ausdehnung des Streiks vorhanden, sogar eine Konferenz der betrieblichen Betriebsräte ergab diese Tatsache. In letzter Stunde gelang es aber einigen Mitgliedern der Betriebsrätezentrale Berlin Malzahn und Wolff von der VKPD. an die Stelle solidarischen Handelns eine papierner Resolution zu setzen. Wegen der Einzelheiten beziehen wir uns auf den "Kampfruf" Nr. 41. Ähnliche Niederlagen, die alle auf Solidaritätsbruch durch die VKPD. zurückzuführen sind, ergaben sich bei einer Reihe von Berliner Kämpfen (Loewe, Neuköllner Notstandsarbeiter, Aga).

Die gesamte Taktik der VKPD. bei allen diesen Anlässen zeigt eine einheitliche Linie: Man hilft solange die Kampfbereitschaft der vom Kapital provozierten Arbeiter anzuwachen, bis der gefährliche Punkt erreicht ist, wo größere, ev. folgenschwere Aktionen eintreten müssten. Dann wird abgeblasen, und man versucht, die vorhandene Erregung abzuleiten in den Kampf der VKPD. um die Posten in der Gewerkschaftsbürokratie. Dies ist ein ganz gewöhnlicher Missbrauch der pro-

181  
A. 11

letarischen Massen zu Führerzwecken, dessen Erfolg nur sein kann, dass die im Stich gelassenen kämpfenden Gruppen verwirrt und entmutigt werden, dass zwischen diesen und den übrigen zur praktischen Solidarität aufgerufenen Gruppen eine noch schärfere Zerreißung eintritt, und dass unter den revolutionär gestimmten Gewerkschaftsmitgliedern ein vollkommenes Chaos angerichtet wird. Zu denselben Resultaten führt der sogenannte "Kampf" um den "Offenen Brief" der VKPD., dessen Charakter als Wahlmaße wir ja in unserer offiziellen Antwort genügend gewürdigt haben.

Durch diese ganzen Vorgänge sind uns nur neue Argumente dafür geliefert worden, dass die Theorie der Revolutionierung der Gewerkschaften durch kommunistische Zellen wenigstens in Deutschland keinen Erfolg - oder höchstens einen die revolutionäre Kraft zerstörenden Erfolg - LEMN ENXPA  
haben kann, und dass sowohl für den Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie als auch für die positive Vorbereitung der Übernahme der Produktion hier bei uns das einzig mögliche Gebilde die Allgemeine Arbeiter-Union auf der Grundlage der Betriebsorganisationen ist.

3.) Wir erhielten vor einigen Tagen die Nachricht, dass ein Vertreter des E.K. uns zu sprechen wünscht. Diese Rücksprache fand heute statt und zwar war der betreffende Genosse, wie sich herausstellte ein Vertreter der "Roten Gewerkschaftsinternationale". Diese Unterhaltung berührte uns höchst eigentümlich. Nachdem uns zuerst vorgeworfen worden war, dass unser Kampf gegen die Gewerkschaftsrevolutionierung von innen, den USP-Leuten Argumente in die Hand gäbe - ein Vorwurf, gegen den bekanntlich niemand geschützt ist, so wurden ja <sup>Zitate</sup> bekanntlich auch ~~zitiert~~ aus Schriften des Gen. Lenin von der deutschen antibolschewistischen Liga zu Plakaten benutzt - fragte uns der Genosse, ob wir beabsichtigten, unsere Politik in der Gewerkschaftsfrage für oder gegen Moskau einzurichten. Wir erwiderten natürlich mit dem Hinweis auf unser Programm und auf unsere ganze beim E.K. genau bekannte Haltung. Dabei erklärten wir unter anderem, wir seien überzeugt, dass die Thesen des 2. Kongresses für Deutschland eine

opportunistische Auswirkung haben müssten, und dass wir sie daher bekämpfen. Diesen Satz griff der Genosse heraus und erklärte ihn für so wichtig, dass er ihn nach Moskau telegraphieren werde, und dass wir dann nicht länger sympathisierende Organisation der III. Internationale sein könnten.

Da wir nicht annehmen können, dass hier nach einem vorbedachten Plan längst bekannte und selbstverständliche Einzelheiten unseres Programms entgegen dem Beschluss des E.K. zum durchsichtigen Vorwand für eine Aenderung der Haltung des E.K. dienen sollen, können wir nur die Hoffnung aussprechen, dass wir künftig nicht mehr veranlasst werden, unsere kostbare Zeit in Gesprächen mit russischen Genossen zu verlieren, die so vollkommen unorientiert und so wenig bereit sind, sich besser informieren zu lassen.

Geschäftsführender  
Haupt-Ausschuss

Karl Liebknecht  
Karl Schwab

August Thalheimer